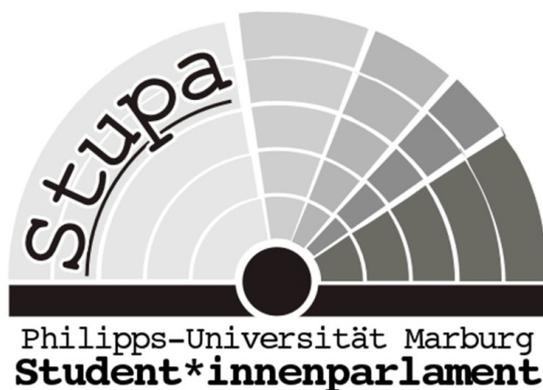


Student*innenparlament Marburg
- Vorstand -
Erlenring 5
35037 Marburg

Telefon: (06421) 1703-0
Telefax: (06421) 1703-33
stupa@asta-marburg.de

asta-marburg.de/stupa



Protokoll

der 3. Sitzung des 58. Student*innenparlamentes am 20.12.23

Die Sitzung fand in Präsenz im Hörsaal A26, CNMS, Deutschhausstr. 12, 35037 Marburg, statt.

Protokollführung: Lara

Moderation: Mareike, Shiva

Beginn der Sitzung: 18:15 Uhr

Ende der Sitzung: 21:45 Uhr

Anwesenheitsliste

Die Unabhängigen – 10 Sitze

Vorname/ Name	Von/ from bis/ to
Michael Nowaczek	
Samuel Haipeter	18:30 Uhr
Jan Pakenis	
Johannes Berg	18 Uhr
Cameron Fairbairn	18:30 Uhr
Pauline Becker	
Marlene Lachnitt	18-21:17 Uhr
Tom Bischoff	
Caroline Reichert	
David Lacher	
Johanna Bruns	
Armin Werner	18 Uhr
Nikodem Korzec	18 Uhr
Elisa Wege	
Florian Krawczyk	
Emily-Jasmin Vesal	18 Uhr
Felix Donner	
Dilsad Iyin	
Frida Bremer	
Nikolai Kascha	

SDS links.grün.feministisch. - 8 Sitze/seats

Vorname/ Name	Von/ from bis/ to
Shiva Schmidt	18 Uhr
Thore Baethke	
Yusuf Karaaslan	18 Uhr

Lara Zieß	18 Uhr
Niklas Zeitke	
Ariane Rieger	18 Uhr
Elise Kusminder	18 Uhr
Malte Boie	
Cedric Roth	18 Uhr
Leon Uebe	
Leonie Schmid	
Ingo Gerth	
Felix Hüller	18 Uhr
Steffi Köhler	
Florian Kuhlmann	
Dominik Osman Hechler	18-19 Uhr

Rosa Liste- 4 Sitze

Vorname/ Name	von/from bis/to
Viktoria Ehrke	18 Uhr
Leonard Preß	18 Uhr
Crystal Wilms	
Jule Biegota	
Zoe Braun	18 Uhr
Melli Morch	
Christian Geyer	
David Lewandowski	
Lu Dvonia	

Jusos – 5 Sitze

Vorname/Name	von/from bis/to
Mareike Stitz	18 Uhr
Florian Lzicar	18 Uhr

Svea Wulff	18 Uhr
Dave Ansari	
Isabel Hildebrand	
Johannes Röder	
Hella Ayubi	
Fabian Henke	18:30-21:11 Uhr
Annka Götz	
David Ritz	
Lukas Jensch	
Luca Vincent Lohmann	
Luca Busch	
Oskar Michelmann	18 Uhr
Liban Abdirahman Farah	
Leonard Göckel	

Liberale Hochschulgruppe – 2 Sitze

Vorname/Name	von/from bis/to
Jonathan Franzke	18 Uhr
Amelie Kreuter	
Mikhail Kuzmin	
Nico Habermehl	18:10 Uhr
Louisa Margarethe Scholz	

RCDS – 2 Sitze

Vorname/Name	von/from bis/to
Christian Hellmann	18 Uhr
Maximilian Müller	19 Uhr
Jonah Hornfeck	
Amelie Schulte	

Justus Muckermann	
Valentin Fabian	
Anna Klinkhammer	

Gäste*Gästinnen

Péter Szabé	
Maryam Abdolahi	
Markus Herrmann	
Ella Harnisch	
Tim Ressel	
Usmon Rakhmonov	
Franziska Heidgen	
Timon	
Lotte Stahl	
Emma Grünenfelder	
Noam	
Talena Rosi	
Jasmin Namat	
Samantha Mirus	
Jonas Kruthoff	
Annalena Kreischer	
Soroush Daftarian	
Koolosh Parchamy	
Simon Buchner	
Till Pfeifer	

Tagesordnung:

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit und satzungsgemäßen Einladung

- 1 Verantwortlichkeiten
 - 2 Genehmigung des Protokolls der vergangenen Sitzung (58-044)
 - 3 Genehmigung der weiteren Tagesordnung
 - 4 Erste, Zweite und Dritte Lesung Nachtragshaushalt 2023 (58-045)
 - 5 Wahlen und Entsendungen
 - 5.1 AStA
 - a) Allgemeiner Vorstand
 - b) Finanzvorstand
 - c) Referate (58-048)
 - 6 Anträge (58-046, 58-047, 58-049)
 - 7 Berichte und Mitteilungen
 - a) AStA-Vorstand
 - b) weitere
 - 8 Termine
 - 9 Verschiedenes
-

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit und satzungsgemäßen Einladung

- 21 Parlamentarier*innen sind anwesend; damit ist das StuPa beschlussfähig

1) Verantwortlichkeiten

- Zuerst moderiert Mareike, dann Shiva
- Lara schreibt das Protokoll

2) Genehmigung des Protokolls der vergangenen Sitzung (58-044)

- Das Protokoll wird mit 20/0/0¹ angenommen

3 Genehmigung der weiteren Tagesordnung

- Die Tagesordnung wird mit 22/0/0 unverändert angenommen

¹ Das Format Ja/Nein/Enthaltung gilt für das gesamte Protokoll

4) Erste, Zweite und Dritte Lesung Nachtragshaushalt 2023 (58-045)

- Jonathan und Christian merken an, dass sie den Nachtragshaushalt nicht per Mail zugesendet bekommen haben und der Haushalt nicht auf Ilias hochgeladen wurde
- Shiva bestätigt, dass vergessen wurde, den Haushalt auf Ilias hochzuladen, der Haushalt allerdings am 11.12.23 versandt wurde
- Einige Parlamentarier*innen bestätigen dies

- Viktoria bringt den Nachtragshaushalt ein
- Es gibt keine Fragen
- Es gibt keine Änderungsanträge

- Der Nachtragshaushalt wird mit 20/0/3 angenommen

5) Wahlen und Entsendungen

5.1 AStA

a) Allgemeiner Vorstand

- es liegen keine Bewerbungen vor

b) Finanzvorstand

- es liegen keine Bewerbungen vor

c) Referate (58-048)

- Eine Bewerbung auf Kritische Wissenschaft(en) und Hochschulpolitik von Ella Harnisch
- Ella stellt sich und ihr Referat vor
- Frage Armin: Wie ist Ella auf den AStA aufmerksam geworden?
- Antwort Ella: Durch die Website, Ilias (StuPa) und Fachschaft
- F. Armin: Was versteht Ella unter dem Begriff Neoliberalisierung, der mehrmals in ihrer Bewerbung vorkommt?
- A. Ella: Vor allem das Bachelor-Master-System, in dem es wenig Zeit und Raum für Nachfragen und Weiterdenken gibt.
- F. Armin: Ella hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem Beitrag aus 2005 zitiert – warum zitiert sie so eine alte Studie? Ist sie noch aktuell? Hat sich nicht etwas geändert, weil man ja schon am StuPa sieht dass Studis doch Zeit haben sich hochschulpolitisch zu engagieren.

- A. Ella: Das zeigt, dass zu der Thematik wenig geforscht wird. Außerdem ist es immernoch so, dass trotzdem viele Studierende keine Zeit für Hochschulpolitik haben. Bei den Anwesenden fragt sich, wie viel das abverlangt.
- F. Armin: Ella schreibt davon, dass sie sich mit „Gleichdenkenden“ im Referat austauschen möchte. Widerspricht das nicht ihrem Anspruch, sich im Rahmen von kritischer Wissenschaft mit diversen Wissenschaftsideen auseinanderzusetzen?
- A. Ella: Mit „Gleichdenkenden“ ist gemeint, sich mit Personen auszutauschen, die Wissenschaft auch kritisch hinterfragen wollen.
- F. Leo: Ist Ellas Anspruch an das Referat awareness bei den Fachschaften zu schaffen? Wie genau sieht ihr Rahmenkonzept aus?
- A. Ella: Sie will keine awareness an sich schaffen. Sie will bei Gruppen ansetzen, die auch Interesse an kritischer Wissenschaft haben. Dabei will sie die Themen nicht vorgeben. Die Idee ist, Themencluster zu bilden, in denen Vorträge erarbeitet werden können
- Nachgezählt: mittlerweile 27 anwesende Parlamentarier*innen
- Ella wird mit 23/3/0 gewählt

TOP 6 Anträge (58-046, 58-047, 58-049)

58-046 - Studentische Freiräume sichern - Repressionen eine demokratische, politisch plurale Kultur entgegensetzen

- Yusuf bringt den Antrag für den SDS ein.
- Oskar: Was ist das Problem der bisherigen Praxis der Rückmeldefrist?
- Yusuf: Es soll der formalen Auflösung durch Nicht-Rückmeldung entgegengewirkt werden.
- Armin: Die Gruppen sind nicht formal verboten; der Asta erkundigt sich regelmäßig bei den Gruppen; die Tabelle mit den Listen auf Website ist bindend, der AStA wendet Frist bisher nicht an, weshalb auch die Gruppen nicht pauschal den Hochschulgruppen Status verlieren.
- Leo: Es gibt den Vorschlag das zu ändern. Das geht nicht aus dem Antrag heraus, es komplett zu streichen ist auch blöd.
- Florian: Sind wir das bürokratische Monster? Wird es dann nicht auch einfacher, dass rechte Gruppen diesen Status erhalten.
- Lara: Die Listen müssten vom AStA angenommen werden, wir können auch Möglichkeiten das anders zu regeln schaffen.
- Florian: Aber es klingt so, als würde man alle Hürden abbauen wollen.

- Yusuf: Es könnte der Ausschuss für Satzungen und Ordnungen beauftragt werden.
- Viktoria: Sie hat den Vorschlag bei Punkt 3. den AStA rauszunehmen, weil das eher blockiert und Punkt 4 zu streichen, weil er unrealistisch ist, da es zu viele Hochschulgruppen gibt.

Änderungsanträge:

Änderungsantrag Christian (RCDS)

2. Die studentischen Vertreter:innen in den Gremien betreffend der Universitätsbibliotheken und der AStA sind aufgefordert dafür einzutreten, dass Hochschulangehörige sowie Hochschulgruppen, sofern sie keine rassistischen, antisemitischen oder andere extremistische Positionen vertreten, in den Aushängen der Universitätsbibliotheken das gleiche Recht haben, über politische und kulturelle Veranstaltungen zu informieren. In den Eingangshallen und Eingangsbereichen sollen v.a. in der zentralen Universitätsbibliothek ständige Tafel / schwarze Bretter aufgestellt werden, um über kulturelle, politische und weitere Angelegenheiten zu informieren und zu werben.

3. Der AStA und die studentischen Vertreter:innen im Verwaltungsrat des Studwerks sind aufgefordert, die Auslage von Flyern, Plakate und Infostände (sofern sie keine rassistischen, antisemitischen oder andere extremistische Positionen beinhalten oder bewerben), besonders von politischen Inhalten, weiterhin in den Mensen zu gewährleisten. Dafür kann gemeinsam mit dem Studierendenwerk Marburg ein informativer Leitfaden ausgearbeitet werden. In diesem Leitfaden soll ein ordnungsgemäßes Auslegen von Flyern und Hängen von Plakaten erklären und über die zu beachtenden Umstände informieren. Das Flyern darf auf keinen Fall zu Lasten von Beschäftigten fallen, die zusätzlich zur prekären Arbeit Flyer einsammeln oder Müll entsorgen müssen, sondern soll in der Verantwortung der Werbenden liegen.

- Yusuf: Als extremistisch wird zum Beispiel auch die Forderung nach Enteignung von einigen gesehen, er würde auch behaupten, dass der RCDS rassistisch ist.
- Christian: Würde gerne wissen, was an ihm rassistisch ist.
- Yusuf: Spricht über den RCDS, nicht ihn als Person.

Änderungsantrag Viktoria (rosa Liste)

1. Der AStA und die studentischen Vertreter:innen im Verwaltungsrat des Studwerks sind aufgefordert, die Auslage von Flyern, Plakate und Infostände, besonders von politischen Inhalten, weiterhin in den Mensen zu gewährleisten. Dafür kann gemeinsam mit dem Studierendenwerk Marburg ein informativer Leitfaden ausgearbeitet werden. In diesem Leitfaden soll ein ordnungsgemäßes Auslegen von Flyern und Hängen von Plakaten erklären und über die zu beachtenden Umstände informieren. Das Flyern darf auf keinen Fall zu Lasten von Beschäftigten fallen, die zusätzlich zur prekären Arbeit Flyer einsammeln oder Müll entsorgen müssen, sondern soll in der Verantwortung der Werbenden liegen.

2. Streiche Punkt 4

~~Der AStA setzt sich dafür ein, dass Termine von Hochschulgruppen, Referaten, Fachschaften auf der Webseite des AStAs gesammelt und der Student:innenschaft zu Verfügung gestellt wird. In Absprache mit der Universitätsleitung über die Form und Regelmäßigkeit, sollen diese Termine vom AStA in angemessenen Abständen allen Studierenden per Mail zugesandt werden.~~~~

- Yusuf: Die Hochschulgruppen können ja nicht selbst etwas auf der Website hochladen. Warum soll der letzte Punkt gestrichen werden?
- Viktoria: Es ist aufwändig und zu viel Arbeit, es braucht viel mehr Personal dafür.
- die Änderungsanträge von Viktoria werden übernommen
- über den Änderungsantrag von Christian wird abgestimmt: Mit 3/15/7 nicht angenommen

Abstimmung Gesamtantrag: Mit 11/11/4 nicht angenommen

58-047 Kein Platz für Antisemitismus

- Florian bringt ein. Er bittet um eine ruhige und respektvolle Debatte. Florian kritisiert noch den im Vorhinein eingegangenen Änderungsantrag des SDS
- Lara bringt den Änderungsantrag des SDS ein
- Emma von der Fachschaft Nah-Mittel-Ost-Studien/CNMS verliest das Statement der Fachschaft: Wir als Fachschaft des CNMS Zentrum für Nah- und Mitteloststudien stehen gegen die Einführung der IHRA Definition. Wir sind hier als FS CNMS nicht nur als Privatpersonen, weil wir durch die Expertise (sehr klein, studieren noch) sie nicht tragbar finden. Wir plädieren dafür, den Antrag des SDS anzunehmen. Durch die Einführung wird nicht Antisemitismus bekämpft, sondern die Meinungsfreiheit eingeschränkt., da die Definition Israelkritik mit tatsächlichem Antisemitismus verknüpft. Sie erkennt damit auch

die Pluralität der Meinungen nicht an, insbesondere innerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Wir sind der Meinung, dass Staaten und Militär grundsätzlich kritisiert werden dürfen und sollen, jetzt und in Zukunft und unabhängig davon, welcher Staat. Die Kritikmöglichkeiten werden eingeschränkt und somit auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung. Wir stehen gegen Antisemitismus und für einen offenen Diskurs, auch im Bezug auf Definitionen. Kommt gerne auf uns zu. mit kleiner Erklärung - IHRA Definition wird bisher in Deutschland angewendet und erst kürzlich hat die Kultusministerkonferenz bekräftigt, dass sie an Hochschulen umgesetzt werden soll - definiert Antisemitismus als "eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann" - Problematik: genügt den Anforderungen an eine Definition nicht; unpräzise und lückenhaft und bietet demnach keine Handlungsorientierung; die Unterscheidung zwischen legitimer Kritik an völkerrechtswidrigem Handeln der israelischen Regierung und Antisemitismus ist unklar - diese Definition bietet die Möglichkeit, dass pauschal Veranstaltungen abgesagt werden können; der Vorwurf von BDS-Nähe ist ausreichend, um pauschal unter Antisemitismus-Verdacht gestellt zu werden; Debattenräume an der Universität werden zunehmend eingeschränkt, die Definition kann dafür missbraucht werden - Wegen unzureichender IHRA-Definition hat eine Gruppe von internationalen Wissenschaftler:innen aus der Antisemitismusforschung oder verwandten Gebieten eine Alternative erarbeitet: die "Jerusalem Declaration on Antisemitism". - Diese Definition besagt, "Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische)" - Vorteil: diese Definition ermöglicht eindeutige Bekämpfung von Antisemitismus; Debattenräume bleiben erhalten; Definition kann nicht rassistisch/anti-palästinensisch missbraucht werden (geringere Gefahr des Gegeneinander-Ausspielens von Antisemitismus und Rassismus) mit grosser Erklärung Gründe für die mangelnde Eignung für ihren jetzigen Zweck: Die IHRA ist vage, unbestimmt und inkohärent und erfüllt nicht die grundlegenden Anforderungen an eine gute Definition, um sich für Regulierung und Rechtssicherheit zu eignen. Sie ist juristisch so nicht anwendbar. Diese unbestimmte und schwammige Formulierung macht es möglich, fast jede Kritik an Israel plausibel des Antisemitismus zu verdächtigen. Das Ergebnis ist im Lichte der Meinungsfreiheit problematisch. Die Arbeitsdefinition will ausdrücklich nicht rechtlich bindend sein; auf der Website der IHRA ist das auch deutlich gemacht. Die IHRA-Working Definition wird weltweit dazu instrumentalisiert, Meinungsfreiheit einzuschränken, insbesondere hinsichtlich legaler Kritik israelischer Politik, und zwar auch und gerade dort, wo solche Kritik von Jüd:innen und Israelis geäußert wurde. Auch autoritäre Regierungen

wie die in Polen und Ungarn haben sie dazu genutzt. Aus diesen Gründen hat sich der ursprüngliche Autor des Textes der Arbeitsdefinition, Kenneth Stern, mittlerweile gegen ihre Verwendung ausgesprochen. der hat die Definition geschrieben nicht die Beispiele Viele Organisationen fürchten, dass mit Benutzung der Definition und insbesondere ihrer übermäßigen Gleichsetzung von Kritik an Israel mit Antisemitismus der Kampf gegen Antisemitismus geschwächt wird. Zudem fördert sie eine Gleichsetzung von Jüd:innen mit Israel, aufgrund derer Jüd:innen Gefahr laufen, für die Aktionen Israels verantwortlich gemacht zu werden. Die benannte Arbeitsdefinition wurde 2005 von von der European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) auf seiner Webseite veröffentlicht. Die Definition wurde dennoch von keinen EU-Institutionen übernommen. Erst 2016 verabschiedete die zwischenstaatliche Organisation International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) die gleiche Definition; ihr vorhergegangen war eine Kampagne von politischen Interessenverbänden. Danach drängte die israelische Regierung auf eine internationale Einführung und Kodifizierung der Definition. Die Arbeitsdefinition ist nicht wissenschaftlich begründet und wird weltweit von Antisemitismus und Holocaust-Forscher kritisiert, da darin Antisemitismus auf Kritik an Israel verengt wird und die Analyse antisemitischer Praktiken, Äußerungen und Bilder vernachlässigt wird.

- Emma ergänzt als Einzelperson: IHRA-Definition ist wage. Die Autor*innen hatten nicht die Intention, dass sie rechtlich bindend sein kann. Siehe Webseite. Der Autor der Definition hat sich mittlerweile auch gegen die Beispiele, die dazu geschrieben wurden, gestellt
- Viktoria: Wieso hat die Juso-Hochschulgruppe hat den Antrag gestellt? Sie als Rosa Liste haben den Antrag schon vor der 2. Sitzung des StuPa vom Jungen Forum in fast genau dieser Form zugesendet bekommen. Der Antrag hätte auch vom JuFo gestellt werden können? Und eine Frage zur Formulierung in Definition: „Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.“ Warum kann sie nur als nicht als antisemitisch bezeichnet werden? Ist sie denn nicht einfach vergleichbar? Und warum wurde der Punkt 3 nochmal aufgeführt? StuPa hat in der letzten Legislatur bereits eine Professur gefordert. Und der 4. Punkt steht in der Satzung
- Fabian: Unpräzise ist die IHRA Definition nicht, sie ist eher weit gefasst, weil viele Formen des Antisemitismus damit erfasst werden können. Die JDA-Definition ist zu eng. Sie schränkt Meinungsfreiheit nicht ein. Und die IHRA Definition wird auch keinen Einfluss auf den geforderten Lehrstuhl haben
- Jonas: Inwiefern wird die Kritik an Israel durch die IHRA eingeschränkt? Es sollte keine staatliche Unterstützung für Antisemiten geben. Entsprechend sollte der AStA keine Gelder

für antisemitische Gruppen vergeben. Und was qualifiziert die CNMS-Fachschaft sich zu Antisemitismus und den Definitionen zu äußern. Haben sie Seminare dazu? Außerdem, hat sich der SDS mit jüdischer Gemeinschaft getroffen?

- Yusuf: Gegenfrage, was qualifiziert Jonas, dass er sich dazu äußern kann? Die JDA-Definition antwortet auf die IHRA weil diese ungenau ist. Einige Menschenrechtsorganisationen fordern die UNO auf, die IHRA nicht anzuwenden. Der Autor der IHRA hat sich bezüglich USA dazu geäußert, dass die Definition nicht für Angriffe auf Meinungsfreiheit auf dem Campus genutzt werden soll. Auch der 3D-Test kann auf die IHRA zurückgeführt werden. Der Test wurde von einem rassistischen Politiker erfunden.
- Emma: Auf die Frage, was sie als Fachschaft qualifiziert; Antisemitismus-Forschung und Nah-Mittel-Ost-Studien sind nicht das gleiche Forschungsgebiet. Während des Studiums ist Antisemitismus aber immer wieder ein Anschlussdiskurs. Allerdings wird Antisemitismus insgesamt im Studium zu wenig behandelt. Es ist interessant, dass der Bundestag und das StuPa beide zu der Frage abstimmen – Expert*innen lehnen auch im Bundestag die Definition ab, weil diese die Meinungsfreiheit einschränkt
- Ella: Es sollte ein Blick auf die Liste der Unterzeichner*innen der JDA geworfen werden. Das sind vor allem Forscher*innen und Wissenschaftler*innen, die ihr Lebenswerk danach ausgerichtet haben
- Maryam: Der SDS hat nicht mit Shalom Marburg geredet, sie hat alle Mitglieder von Shalom gefragt. Sie ist gegen alle Rechtsextreme, auch gegen Netanjahu. Als Jüdin hat sie die Uni Marburg nie als ihre Uni empfunden. Sie möchte sich nicht zum Nah-Ost-Konflikt positionieren müssen. Außerdem hat sie sich als Jüdin nie bei CNMS-Fachschaft wohlfühlt. Damit spricht sie für viele
- Franzi Nachfrage an Florian: Die Bundesregierung verwendet bereits die IHRA. Sie kritisieren Israel nicht und haben auch die UN-Resolution für einen Waffenstillstand nicht angenommen
- Florian: Die Definition hat keinen Einfluss auf die Bundesregierung. Die Bundesregierung kritisiert ja auch das Vorgehen von Israel
- Oskar: Eigentlich geht es hier nicht um den Nah-Ost Konflikt
- Lara: Dankt Maryam für ihre Worte. Stimmt Oskar zu, deshalb nochmal Hinweis darauf, dass die IHRA Meinungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit einschränkt wenn sie als Regulierungsinstrument eingesetzt wird
- Oskar: Erkundigt sich dazu, wie weit die Leitbilddebatte im Senat fortgeschritten ist.

- Lara Antwort auf Oskar: Inhaltlich sind wir bisher nicht eingebunden. Im Senat wurde über das geplante Vorgehen gesprochen
- Maryam: Stichwort Räume – Kilani wurde vom SDS und der Seebrücke eingeladen, um über antimuslimischen Rassismus zu referieren. Warum Kilani und nicht andere Personen, die dazu auch bereits publiziert haben. Und warum wurde in dem Kontext die IHRA-Definition über einen StuPa-Beschluss abgeschafft?
- Florian: Die IHRA-Definition definiert, was Antisemitismus ist. Auf einen Vorwurf, dass versucht wird mit dem Antrag die Definition durchgepeitscht werden soll: es ist gängiges Procedere, dass man Anträge im StuPa stellt und sich dafür Mehrheiten sucht
- Jonas: Der SDS maßt sich an, Antisemitismus zu definieren, während Jüd*innen vor Ort sind, die die IHRA-Definition wollen. Er fordert Emma und Yusuf dazu auf, dass sie an der IHRA-Definition genau feststellen sollen, womit Kritik an Israel durch die Definition nicht möglich sein soll
- Emma: Bei Einführung der Definition werden jüdische Menschen aber auch pro palästinensische Positionen eingeschränkt. Sie weist nochmal darauf hin, dass hier im StuPa fast ausschließlich weiße Menschen abstimmen dürfen
- Es gibt einige Zwischenrufe und eine kurze Debatte darum, wer jetzt reden darf. Mareike unterbricht und setzt die bisherige Redner*innenliste fort
- Yusuf: Die Debatte sollte in breiterer Form diskutiert werden, was der AStA initiieren sollte. Es gibt bestimmt viele Studierende im Studidorf, die die IHRA kennen und sie ablehnen. Es wurden außerdem Räume bei einer Veranstaltung mit einem Redner von der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden im Nahen Osten entzogen, weil einerseits die Revolutionäre Linke, die die Veranstaltung verrichten wollte, keine Hochschulgruppe sind und andererseits wegen der Inhalte des Redners

GO-Antrag von Armin zum Schließen der Redeliste und sofortiger Abstimmung

- Mareike sagt, dass der StuPa Vorstand die Redeliste eh nun geschlossen hätte
- Leo fragt nach, ob die sofortige Abstimmung noch behandelt wird
- Armin zieht diesen Part zurück
- gegen die Schließung der Redner*innenliste gibt es keine Gegenstimmen. Die Redeliste wird beendet

- Marlene: Als Parlamentarier*innen sind sie berechtigt, darüber abzustimmen, weil sie gewählt wurden. Außerdem sind nicht alle Personen in der Unabhängigen Liste weiß
- Mareike: Anmerkung zur Absage der Veranstaltung von der Revolutionären Linken – Die Räume wurden nur entzogen, weil sie keine Hochschulgruppe sind und auch im AStA-Plenum, in dem sie als Hochschulgruppe anerkannt werden sollten, nicht erschienen sind
- Fabian: Für eine Debatte braucht es Definition. Als Jusos sind sie auf Gruppen zugegangen. Der Vorwurf, dass sie Rassismus und Kolonialismus reproduzieren würden ist ihm schleierhaft
- Lara: Es gibt im Antidiskriminierungsgesetz keine vergleichbare Definitionen zu Rassismus, Sexismus, Homo- und Transphobie. Qua Antrag soll die IHRA auch an Studierende vermittelt werden. Womit soll sich die Professur auseinandersetzen, wenn die Definition vorgegeben ist. Bitte darum eine Pause danach einzulegen und die Debatte nicht direkt zu beenden, da noch nicht alle Punkte im Änderungsantrag diskutiert wurden
- Franzi: Danke fürs Teilen ihrer Erfahrungen an Maryam. Sie erzählt von einem Podcast des Leiters der Anne-Frank-Stiftung in dem er auffordert, kritisch zu bleiben
- Jona: Nochmal Aufforderung an Emma und Yusuf, dass sie an der IHRA-Definition genau festlegen, womit Kritik an Israel durch die Definition nicht möglich sein soll. Er kennt zwar keine Menschen im Studidorf, aber er hat mit Jüdinnen und Juden gesprochen, die sich für die IHRA aussprechen

15 min pause

es geht weiter um 20:37

Änderungsanträge:

Es liegt ein Änderungsantrag des SDS und ein Änderungsantrag der Rosa Liste vor.

Änderungsantrag SDS:

1. Streiche in Punkt 1: „egal ob er der politischen Rechten, der politischen Linken, der Mitte der Gesellschaft oder dem islamistischen Spektrum zuzuordnen sind.“
2. Ersetze Punkt 2 durch: „Die verfasste Student*innenschaft begrüßt die Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA). In ihren Organisationen findet sie Anwendung und soll in Bildungsangeboten den Student*innen vermittelt werden.“

3. Ergänze Punkt 3 durch: „Mit diesem Beschluss bekräftigt das Student*innenparlament den Beschluss „Antrag: Jüdisches Leben am Campus schützen“ vom 05.07.2023.
 4. Streiche in Punkt 3: „mittelfristig“
 5. Streiche Punkt 4-6
 6. Füge neu Punkt 4 ein: „Die verfasste Student*innenschaft lehnt Sprech-, Diskussions- und Demonstrationsverbote zur Solidarität mit den Palästinenser*innen oder pauschale Urteile über Menschengruppen („die“ Israelis, Juden oder Palästinenser) ab.“
 7. Füge neu Punkt 5 ein: „Die verfasste Student*innenschaft fordert und fördert die zivile, humanitäre, politische, kulturelle und wissenschaftliche Solidarität mit allen Menschen und Organisationen, die sich der extremen Polarisierung und Gewalt in Nahost fortgesetzt entgegenstellen und gewaltfrei für Entwicklung und Frieden kämpfen
- Die Jusos übernehmen Punkt 1., 3. und 4. des Änderungsantrages des SDS

Änderungsantrag Rosa Liste:

1. Die Studierendenschaft begrüßt die IHRA-Antisemitismusdefinition in der vom Deutschen Bundestag ergänzten Fassung ausdrücklich mit der Ergänzung "Allerdings ist Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch zu betrachten." und möchte sie an allen Universitäts Standorten etabliert sehen. In ihren Organisationen findet sie Anwendung und wird in Bildungsangeboten den Student*innen vermittelt.
 2. **streiche:** Die Studierendenschaft setzt sich dafür ein und fordern mittelfristig einen Lehrstuhl im Themenbereich Antisemitismusforschung an der Philipps-Universität Marburg zu etablieren. Die Studierendenschaft positioniert sich klar gegen alle Gruppierungen, die öffentlich Antisemitismus verbreiten. Diese setzt sich zudem gegen jegliches Auftreten solcher Gruppierungen oder ihrer Mitglieder ein, sei es in Form von Werbeflyern, Veranstaltungen oder Ständen an der Philipps-Universität Marburg sowie im weiteren Stadtgebiet und verweigert ihnen die Anerkennung als studentische Initiative.
 3. Die Studierendenschaft stellt sich unterschiedslos gegen jeden Antisemitismus, **streiche:** egal ob er der politischen Rechten, der politischen Linken, der Mitte der Gesellschaft oder dem islamistischen Spektrum zuzuordnen sind.
- Die Jusos übernehmen Punkt 1. des Änderungsantrages der rosa Liste

(Punkt 3 wird mit der Übernahme der Änderungsanträge des SDS hinfällig.)

GO-Antrag von Yusuf auf Verschiebung des Antrags auf nächste Sitzung

- Gegenrede von Mareike
- Der GO-Antrag wird mit 19/6 nicht angenommen

Es wird beantragt, dass alle Abstimmungen geheim stattfinden.

Abstimmung über Punkt 2.,5.,6. und 7. des Änderungsantrages des SDS

Abstimmung: Der Antrag ist mit 9/16/2 nicht angenommen

Abstimmung über Punkt 2. des Änderungsantrages der Rosa Liste

Abstimmung: Der Antrag ist mit 9/16/2 nicht angenommen

Abstimmung über den Gesamtantrag

Abstimmung: Der Antrag ist mit 19/6/2 angenommen

58-049 - Keine weiteren Belastungen für Studierende! - 16,80 € und keinen Cent mehr!

- *Jonathan (LHG) bringt den Antrag ein*
- Viktoria: Das Deutschlandticket wird im Januar abgestimmt, die Verweise, die in den Fußnoten angegeben werden, sind verwirrend.
- Armin: Das Capitol Kulturticket wurde abgelehnt; die Preissteigerung auf 408€ liegt an dem ÖPNV, der Begründung kann er also nicht folgen.
- Leo: Wo sollen die Gelder dann gestrichen werden, wenn wir eine Deckelung beschließen, die Diskussionen werden sowieso geführt werden müssen.
- Oskar: Wir könnten auch politische Bildung machen und informieren, wie sich der Semesterbeitrag zusammensetzt: viele Kosten liegen außerhalb des Entscheidungsbereiches der Studis.
- Jonathan: Die Recherchefehler werden eingesehen; den Studis ist egal wo das Geld hinfließt und den Verwaltungskostenbeitrag können wir nicht beeinflussen, wir brauchen mehr Ausgabendisziplin.
- Lara: Das beschneidet eine inhaltliche Debatte in Zukunft, wie soll die Umsetzung aussehen?

- Jonathan: Es soll keine Schuldenbremse sein, sondern eine Aufforderung zur Deckelung, es müsste rechtlich geprüft werden als ungefähre Vorgabe. Es sollte auch aufgeweicht werden können, z.B. bei Tarifverhandlungen, also der Betrag ist nur ein ungefährender Richtwert.
- Simon: Der Mechanismus, der kontrolliert, sind wir; als StuPa könnten wir den Antrag auch wieder aufheben.
- Yusuf: Der Semesterkostenbeitrag liegt bei 90€, das ist viel höher als an anderen Unis, er stimmt im Verwaltungsrat auch immer dagegen.
- Lara: Welche Sachen würden wir denn nicht annehmen, was könnte die Grenze dann nicht aufweichen?
- Oskar: Das ist der falsche Hebel, an dem wir versuchen etwas zu verändern.
- Leo: Wenn der Wert ein Richtwert ist, wenn der Antrag so angenommen wird, dann legen wir uns die Grenze schon auf.
- Jonathan: Das StuPa stellt den Antrag auf 2 Jahre, der Wert ist erstmal egal, wenn der Haushalt vorliegt werden die Werte verglichen, wenn die Werte zu hoch sind, dann könnte ein Sonderantrag die Grenze auflösen; das ist der einzige Hebel, den wir haben; die Optik der Gehaltserhöhung im letzten Jahr war falsch.

GO-Antrag auf Beendigung der Debatte nach der Meldung von Florian

- keine Gegenrede -

- Florian: Was die Optik bedeutet weiß er nicht. Zumindest das Wirtschaftsministerium ist ja an die SPD gegangen; wenn die Studis Druck machen, kann auch was verändert werden.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 4/21/1 Enthaltung nicht angenommen.

GO Antrag auf Beendigung der Sitzung und Verschiebung der restlichen Tagesordnung

- Gegenrede von Samuel - 15 Minuten für Berichte können wir noch schaffen
- Es wird abgestimmt: 15/9

Damit wird die Sitzung um 21:45 beendet.

(Ort, Datum)

Shiva Schmidt

(Ort, Datum)

Mareike Stitz

(Ort, Datum)

Lara Zieß